Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1947

25 (19.6.1947)

Visual Library

Badisches

VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 25 | Mannheim, 19. Juni 1947 | Preis 15 Pfg.

München - - - Und was nun?

20 Millionen Deutsche bekamen in München kein Recht auf Gehör!

Der aus München zurückgekehrte thüringische Ministerpräsident Dr. Rudolf Paul hielt in einer Erklärung den Ablauf der Vorgänge, die zur Abreise der Ministerpräsidenten der sowjetischen Zone führten, fest. Es heißt darin:

Wir haben schon zwei Wochen vor Beginn durch den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Friedrichs versucht, an der Ausgestaltung der Konferenz teilzunehmen.

Das wurde uns verwehrt.

Aber trotzdem sind wir gekommen.

In München sollte, wie die telegraphische Einladung besagt, eine Tagesordnung der Konferenz fertiggestellt werden. Wir fanden eine bereits in 14 Punkten fixierte förmliche Tagesordnung vor. Wir beantragten, zu dieser Tagesordnung einen einzigen Punkt aufzunehmen, den wir von grundsätzlicher Bedeutung für die Behebung der Not unseres Volkes hielten.

Das wurde abgelehnt.

Wir blieben.

*

Bremen machte den gerechten Vorschlag, nach Dr. Ehard als dem Repräsentanten der amerikanischen Zone auch den Delegationsführern der drei anderen Zonen das Wort zu geben.

Das wurde wiederum abgelehnt.

Wir blieben.

Es kam der Vorschlag, wenigstens mir, als dem Delegationsführer der sowjetischen Zone, die zum ersten Male in der Westzone geschlossen in Erscheinung trat, das Wort zu erteilen.

Auch das wurde abgelehnt.

Daraufhin zogen wir uns zur Beratung zurück.

Zu dieser Beratung baten wir Dr. Ehard im Sinne eines vermittelnden Ausgleichs. Dr. Ehard blieb bei seiner ablehnenden Haltung.

Darauf fragten wir, ob wir wenigstens am kommenden Verhandlungstag das Recht erhalten würden, eine schriftlich zu formulierende Erklärung abzugeben?

Aus das wurde abgelehnt.

Nach dieser Kette von Ablehnungen sahen wir uns gezwungen, die Konferenz zu verlassen.

Der Bürgermeister von Bremen, Dr. Kaysen, und Bürgermeister Dr. Friedensburg, Berlin, versuchten, mit unserem Einverständnis zu vermitteln. Dr. Ehard gab auf meine Frage, ob ich dann das

Recht der Rede

oder das

Recht einer Erklärung

erhalten würde, denselben

ablehnenden Bescheid.

Wir sind mit hoffendem Herzen nach München gefahren.

In stundenlanger Vermittlungsbereitschaft haben wir **Ablehnung auf Ablehnung** erhalten.

Mit schwerem Herzen haben wir München verlassen.

20 Millionen Deutsche bekamen kein Recht auf Gehör!

Der Wille von 20 Millionen Deutschen **sollte** nicht gehört werden!

Das Volk allein schafft die Einheit!

Im Anschluß an die Münchner Konferenz sprachen in München Fritz Ebert, der Sohn des früheren Reichspräsidenten und derzeitige Landtagspräsident von Brandenburg, sowie Walter Ulbricht von der SED.

Fritz Ebert führte aus: „Die Münchner Konferenz hat aufs neue bewiesen, daß nicht die Ministerpräsidenten und die hinter ihnen stehende Ministerialbürokratie, sondern allein das demokratische Volk in der Lage und gewillt ist, die deutsche Einheit zu verwirklichen... Wir wenden uns mit Leidenschaft und Kraft gegen die Hintermänner des separatistischen Volksverrats am Saargebiet."

Die größte Gefahr: Aufteilung Deutschlands

Aus Walter Ulbrichts Rede unterstreichen wir die Stellen: „Die Aufteilung Deutschlands in Bundesstaaten, wie es Dr. Ehard will, und die Pläne Hoovers zur Bildung einer Regierung für die britisch-amerikanische Zone bilden die größte Gefahr.

In Bayern wird viel von der Demontage in der Ostzone gesprochen. Mir scheint, daß es das Nächstliegende wäre, in den westlichen Zonen die Konzernbüros und die Herrschaft der Großagrarier zu demontieren."

Verrat an der Saar!

In der 25. Sitzung des württembergisch-badischen Landtags nahm Ministerpräsident Dr. Reinh. Maier zur Münchner Konferenz Stellung.

Die Konferenz sei ein treues Abbild der deutschen Gegenwart, führte Dr. Reinhold Maier aus. Sie spiegele den Generalnotstand auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet wider, und auf keinem Gebiet reiche unsere Kraft aus. Weder können wir den Anschluß gewinnen an die Welt, noch an die Länder der Ostzone. Über die Absage der Saarvertreter an die Münchner Konferenz erklärte er, daß diese nicht durch die Tatsache selbst, sondern durch die Form beschämend sei. In dem Telegramm heiße es: „Da die saarländische Wirtschaft bereits jetzt nach Frankreich orientiert ist und sich immer mehr dorthin entwickeln wird, ist die Entsendung eines Vertreters zweck- und gegenstandslos."

1935 habe man bei uns über den unaufhaltbaren Drang des Saargebiets zum Nazideutschland den Kopf geschüttelt. 1947, in der allergrößten Not, werde von dort kühl und kalt geantwortet: „Gegenstandslos und zwecklos".

Ministerpräsidenten nicht unabhängig!

Der Vorsitzende der SED, Otto Grotewohl, äußerte sich in klarer Weise über die Münchener Konferenz: Die delegierten Ministerpräsidenten der Länder der französischen Besatzungszone erschienen mit der strikten Anweisung ihrer Militärregierung, sich an keinerlei politischen und staatsrechtlichen Diskussionen zu beteiligen, und Dr. Högner gab bekannt, daß das Thema der Konferenz von der zuständigen Militärregierung — also der amerikanischen — festgelegt worden sei.

Die **Abhängigkeit und Gebundenheit der Ministerpräsidenten** läßt, wie die Münchener Konferenz es uns gezeigt hat, nicht zu, die Stimme des deutschen Volkes in dieser Frage laut und vernehmlich zu erheben. Das können nur die in geringerer Abhängigkeit von den Besatzungsmächten lebenden demokratischen Parteien und Gewerkschaften.

Innenminister Dr. Fischer fordert Volksbefragung

Eine **Volksabstimmung** über Wiederherstellung der **politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands** nach der Ablehnung des Vorschlags der Minister der Ostzone in München ist das Gebot der Stunde, erklärte der sächsische Innenminister Dr. Fischer auf einer Verwaltungstagung in Dresden.

Neue Konferenz in Berlin geplant

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard hat sich, wie verlautet, bereiterklärt, an einer zweiten Konferenz der Ministerpräsidenten in Berlin teilzunehmen, an der auch die politischen Parteien und die Gewerkschaften beteiligt sind.

Kommunisten für die Flüchtlinge

Die kommunistische Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der das beschleunigte Erlassen von Durchführungsbestimmungen zum Flüchtlingsgesetz fordert.

Es soll erreicht werden, daß endlich den Neubürgern die gleichen Rechte wie der übrigen Bevölkerung gegeben werden. Ihre Betreuung muß aus der Sphäre der Wohltätigkeit herausgelöst und auf den Boden normaler Rechtsverhältnisse gestellt werden.

Die Kommunistische Partei unterscheidet sich in ihrem Wollen in der Flüchtlingsfrage klar von all jenen Kreisen, die deren schwere Lage zum Gegenstand ausgesprochener Agitation machen. Sie wendet sich auch dagegen, daß, wie im Falle eines Antrages der CDU im Finanzausschuß, die Betreuung der Flüchtlinge in die Hände der Caritas gelegt werden soll. Damit könnte nur das jetzige Pariadasein der Flüchtlinge verewigt werden.

Lügen haben kurze Beine ...

Die sozialdemokratische Wochenschrift „Der Volkswille" (Stuttgart) veröffentlicht in ihrer letzten Nummer nebenstehende Hetzmeldung:

Wieder KZ Buchenwald

Über 800 Sozialdemokraten und über 200 Kommunisten befanden sich an einem Stichtag im Monat April 1947 im Konzentrationslager Buchenwald. Sie sind im Kz, weil sie sich wie zwischen 1933 und 1945 nicht widerspruchslos einem totalitären Regime gleichschalten ließen. Zum Teil sind es die gleichen Männer. Im gleichen Lager. Wieder müssen sie für ihren Kampf für die vier Freiheiten mit dem Verlust der eigenen Freiheit zahlen — und mit dem Verlust der Gesundheit oder des Lebens. Wieder werden sie von einer geheimen Staatspolizei gejagt. Wieder wird drinnen und draußen aus Furcht oder Feigheit geschwiegen

Der **Landesvorsitzende der SED Thüringen,** Walter Kops, sendet uns hierzu folgendes Telegramm:

Telegramm Deutsche Reichspost

aus 4705 WEIMAR 8876 66, 12 1730 YZSTU =

Amt Mannheim | BADISCHES VOLKSECHO KURT WEBER MANNHEIM

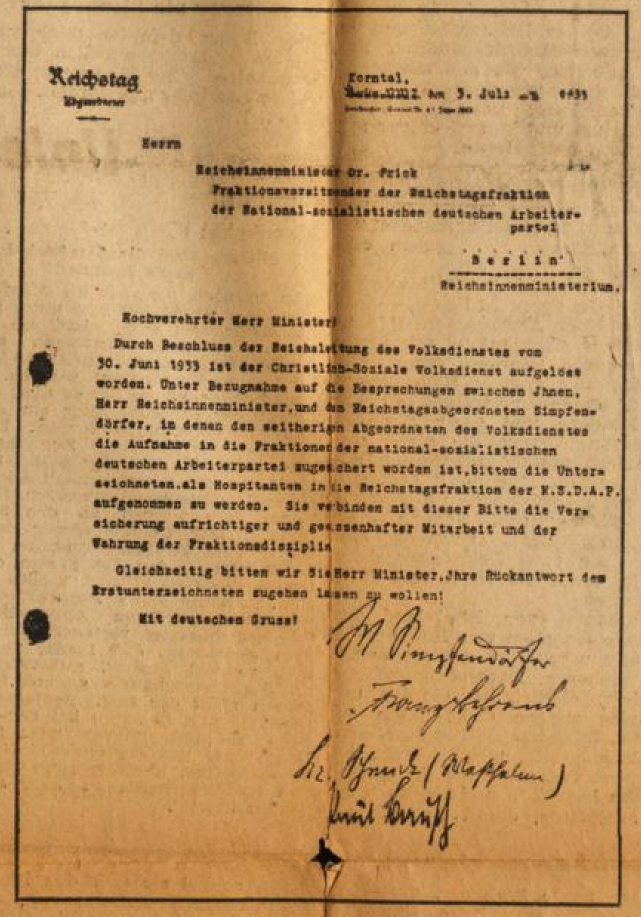
DIE BEHAUPTUNG IN BUCHENWALD SEIEN 1000 SOZIALDEMOKRATEN UND KOMMUNISTEN INHAFTIERT STELLT EINE FRECHE LUEGE DAR UND IST EIN TEIL DER HETZE GEWISSENLOSER FEINDE DER EINHEIT DEUTSCHLANDS GEGEN DIE OSTZONE+WER SOLCHE UNSINNIGE BEHAUPTUNG AUFSTELLT MUESSE IMSTANDE SEIN WENIGSTENS EINIGE DER 1000 NAMENTLICH ZU NENNEN+WIR WUERDEN UNS UEBER JEDEN EINZELNEN FALL GENAUESTENS INFORMIEREN UND AUSKUNFT GEBEN=LANDESVORSITZENDER DER SED WALTER KOPS + VGL

Das schwache Gedächtnis der jetzigen CDU-Abgeordneten Simpfendörfer und Bausch

Verloren und wiedergefunden

Der bisherige württembergisch-badische Kultusminister und jetzige CDU-Abgeordnete Simpfendörfer und der CDU-Abgeordnete Bausch haben vor dem Untersuchungsausschuß des Landtags erklärt, sie hätten nie mit dem inzwischen aufgehängten Nazi-Fraktionsführer Frick verhandelt wegen Aufnahme als Hospitanten in die Reichstagsfraktion der NSDAP, wie dies die von dem inzwischen gemaßregelten öffentlichen Ankläger Franz Karl Maier nach dem Befreiungsgesetz erhobene Klage behauptet.

Simpfendörfers Gedächtnis muß beträchtliche Lücken aufweisen. Er leugnete bis zu dem Augenblick, da der Originalbrief aufgefunden wurde,



Reichstag
Abgeordneter

Korntal, den 3. Juli 1933

Herrn
Reichsinnenminister Dr. Frick
Fraktionsvorsitzender der Reichstagsfraktion der National-sozialistischen deutschen Arbeiterpartei
Berlin
Reichsinnenministerium.

Hochverehrter Herr Minister!

Durch Beschluss der Reichsleitung des Volksdienstes vom 30. Juni 1933 ist der Christlich-Soziale Volksdienst aufgelöst worden. Unter Bezugnahme auf die Besprechungen zwischen Ihnen, Herr Reichsinnenminister, und den Reichstagsabgeordneten Simpfendörfer, in denen den seitherigen Abgeordneten des Volksdienstes die Aufnahme in die Fraktionen der national-sozialistischen deutschen Arbeiterpartei zugesichert worden ist, bitten die Unterzeichneten als Hospitanten in die Reichstagsfraktion der N.S.D.A.P. aufgenommen zu werden. Sie verbinden mit dieser Bitte die Versicherung aufrichtiger und gewissenhafter Mitarbeit und der Wahrung der Fraktionsdisziplin.

Gleichzeitig bitten wir Sie, Herr Minister, Ihre Rückantwort dem Erstunterzeichneten zugehen lassen zu wollen!

Mit deutschem Gruss!

den wir hier veröffentlichen. Plötzlich hatte er **jetzt sein Gedächtnis wieder aufgefunden,** insbesondere, da auch die Antwort Fricks erhalten blieb, die folgenden Wortlaut hat:

„Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In Beantwortung Ihres Schreibens vom 3. Juli teile ich Ihnen mit, daß ich Sie, sowie die Abgeordneten Behrens, Schmidt, Bausch des bisherigen Christlich-Sozialen Volksdienstes als Hospitanten in die Reichstagsfraktion der NSDAP aufnehme. Ich setze dabei voraus, daß die vier Herren den Fraktionsbeschlüssen unbedingt Folge leisten. Mit deutschem Gruß — Ihr sehr ergebener, gez. Frick."

Simpfendörfer und Bausch teilten dem Landtag mit, daß sie sich jetzt doch erinnern. Die Verhandlungen seien ihnen tatsächlich vollständig entfallen gewesen.

Simpfendörfer und Bausch sind also, es ist jetzt dokumentarisch erwiesen, richtige Nazis, wenn sie auch inzwischen CDU-Minister waren.

Simpfendörfer und Bausch waren also Naziabgeordnete, wenn sie auch inzwischen CDU-Abgeordnete geworden sind, darüber können alle noch so faustdicken Lügen nicht hinwegtäuschen.

Württembergisch-Badischer Landtag schiebt die Dinge auf die lange Bank

Der württembergisch-badische Landtag will erst nach der Durchführung des Spruchkammerverfahrens gegen die beiden jetzigen CDU-Abgeordneten und ehemaligen NSDAP-Abgeordneten-Anwärter Simpfendörfer und Bausch zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen und vertagte sie deshalb in seiner Sitzung am 13. Juni.

Warum eigentlich?

Simpfendörfer und Bausch haben den Antrag gestellt, in die NSDAP-Reichstagsfraktion aufgenommen zu werden. (Siehe ihr eigenes Schreiben.)

Simpfendörfer und Bausch sind auch NSDAP-Abgeordneten-Anwärter geworden. (Siehe das Schreiben des Nazis Frick.)

Simpfendörfer und Bausch haben den Landtag irregeführt. Mildernder Umstand: Gedächtnisschwund.

Simpfendörfer und Bausch haben auch die Öffentlichkeit bedenkenlos hinters Licht geführt.

Genügt das nicht?

Können die beiden noch länger Landtagsabgeordnete sein?

Simpfendörfer und Bausch haben noch das Vertrauen der CDU!

Aber kann die CDU noch länger das Vertrauen der Öffentlichkeit genießen, wenn sie weiterhin den NSDAP-Abgeordneten-Anwärtern Simpfendörfer und Bausch ihr Vertrauen gibt und sie als CDU-Abgeordnete duldet?

Simpfendörfer mußte als Kultusminister zurücktreten, aber Bausch ist noch immer Regierungsrat und Leiter der Preisprüfungs- und Ueberwachungsstelle beim Wirtschaftsministerium. Wie lange noch?!

Haben Simpfendörfer und Bausch noch das Vertrauen des Landtags?

Weshalb wartet der Landtag noch auf das Ergebnis des Spruchkammerverfahrens?

Wir dulden es nicht, daß sich der württembergisch-badische Landtag **vor einer Entscheidung drückt, die das Volk schon längst getroffen hat!**

Kampf dem Hunger

Der Hunger ist allgemein in den Westzonen. Er macht nicht halt vor Jung oder Alt; es hungern der Arbeiter und der Gelehrte. Es hungern der Angestellte und der Künstler, es hungern die Hausfrau und der Wissenschaftler. König Hunger hat sein Reich über unser ganzes Volk im Westen Deutschlands aufgerichtet. Das ganze Volk muß deshalb den Kampf gegen ihn aufnehmen, indem es die verjagt, welche den Hunger bewußt organisieren.

Wissenschaftler und Gelehrte hungern im Westen!

Auch für Wissenschaftler und Gelehrte ist der Westen Deutschlands kein Paradies. Weltberühmte Gelehrte, wie Max Planck und der Nobelpreisträger Prof. Hahn, und darüber hinaus die große Zahl aller geistigen Arbeiter sind von Sorgen aller Art bedrückt und führen ein Hungerdasein, wie die übrige Bevölkerung auch. Warum ist es nicht möglich, in den Westzonen für eine zusätzliche Ernährung, eine ordentliche Unterkunft der Wissenschaftler und Gelehrten zu sorgen, wie das in der Ostzone der Fall ist? Es ist möglich! Man muß aber dazu den Einfluß jener Leute ausschalten, die in Nazideutschland die Herren waren und auch gegenwärtig in Verwaltung, Wirtschaft und Kultur ihre Hände überall im Spiel haben.

Ernährungs-Sonderzuteilungen für Beamte und Angestellte?

Das Informationsblatt der KPD, Land Hessen, richtet in seiner letzten Nummer folgende

offene Anfrage an Herrn Dr. Dietrich:

Herr Dr. Dietrich! Sind Sie bereit, der Oeffentlichkeit eine genaue Darlegung der Ernährungs-Sonderzuteilungen zu geben, die die Beamten und Angestellten des Ihnen unterstehenden bizonalen Amtes für Ernährung in Stuttgart aus den von Ihnen verwalteten und für die Ernährung des ganzen Volkes bestimmten Lebensmitteln zugebilligt worden sind?

Können Sie angeben, um wieviel Kalorien sich Ihre Beamten dadurch besser stellen als alle anderen geistigen Arbeiter, die unter den gleichen Bedingungen arbeiten und trotzdem zu den sogenannten Normalverbrauchern gehören?

Womit also sind diese Begünstigungen gerechtfertigt?

Sind diese Sonderzulagen auch den Beamten der bizonalen Aemter in Bielefeld und München zugebilligt worden? Wir bitten um baldige Antwort!

Angestellte demonstrieren!

In Hannover fanden sich die Angestellten auf dem Opernplatz zu einer Demonstration zusammen und forderten die Schwerarbeiterzulagekarte für Gehaltsempfänger.

Auch in Mannheim und anderen Orten unseres Gebiets herrscht eine starke Erregung unter den kaufmännischen und technischen Angestellten über die Hungerrationen, die zu wenig zum Leben, geschweige denn zum Arbeiten sind.

Wallace kämpft gegen Kriegstreiber

Auf seiner Vortragsreise durch die Südstaaten erklärte Wallace, der ehemalige USA-Handelsminister daß sie das Ziel habe, jene Gruppen zu bekämpfen, die einen Krieg mit der Sowjetunion für unumgänglich halten. „Wenn die Demokraten zu einer Kriegspartei werden", so erklärte Wallace, „will ich nicht länger mehr ein Demokrat sein".

Wallace warnt!

Einer Meldung zufolge sagte der ehemalige Vizepräsident **Wallace** auf einer Massenversammlung in Nord-Carolina daß sich die führenden Kreise der Vereinigten Staaten durch ihre **Zusammenarbeit mit den reaktionären Kräften** in fast allen Ländern in einer selbstmörderischen Richtung bewegen. Durch Versprechungen zerstöre die USA die Einheit zwischen den wichtigsten politischen Parteien in Frankreich und Italien und **unterstütze die am wenigsten demokratischen Kräfte** in diesen Ländern.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Wallace **gegen** den Vorschlag des Abschlusses eines **Sonderfriedens** mit Deutschland und Österreich.

AUS ALLER WELT

● **10 000 Arbeiter demonstrierten** in Kopenhagen (Dänemark) vor dem Parlament gegen die Lebensmittelknappheit.

● **Die Arbeiter in Ungarn** begrüßen in Massenkundgebungen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei die neue Regierung.

● **50 000 Gewerkschaftsmitglieder** protestierten **in New York** gegen das arbeiterfeindliche reaktionäre „Arbeitsgesetz".

● **Bei den Gewerkschaftswahlen in Italien** errangen die Kommunisten einen großen Wahlerfolg. Von insgesamt 77 Sitzen erhielten die Kommunisten 38, die Sozialisten 28 und die Christlichen Demokraten 11. Ein Kommunist wurde Vorsitzender des italienischen Gewerkschaftsbundes.

● **Die Regierungskrise in Italien** sei nicht auf innere Ursachen, sondern auf Einwirkungen von außen zurückzuführen, sagte der italienische Sozialistenführer Pietro Nenni.

● **In Portugal** wurden eine Reihe von Professoren verhaftet, weil sie gegen das dortige reaktionäre halbfaschistische Regime Stellung genommen haben.

● **Verdoppelung der griechischen Armee** fordert die Regierung. Die Anwesenheit amerikanischer Truppen zur Bekämpfung der Partisanen, die den Kampf für die demokratischen Rechte des Volkes unentwegt weiterführen, wünscht der griechische Ministerpräsident.

● **Der angebliche Einfall mongolischer** Truppen auf chinesisches Gebiet wird von der Regierung der Mongolischen Volksrepublik dementiert. Chinesische Truppen haben mongolisches Gebiet angegriffen.

Betriebsräte von Bosch fordern

Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts

Der Betriebsrat der Firma Bosch forderte vom **württembergisch-badischen Landtag die baldige Schaffung eines Gesetzes zur Erfüllung der Artikel 22 und 23 der württembergisch-badischen Verfassung.** In diesen Artikeln wird den Arbeitern das Recht zugesichert, an der Verwaltung und Gestaltung der Betriebe teilzunehmen. Dies Recht ist heute noch ein papierenes Recht und harrt noch immer auf seine Verwirklichung. Die Unternehmer stehen ihm entgegen und stützen sich in ihrer Feindseligkeit gegen das Mitbestimmungsrecht auf die Ausrede, daß es noch keine Ausführungsbestimmungen zum Artikel 22 und 23 der Verfassung gäbe.

Deshalb verlangen die Betriebsräte, daß der Landtag schnellstens die notwendigen Schritte in die Wege leitet.

Der Betriebsrat der Firma Bosch hat mit seinem Schritt ein Verlangen ausgesprochen, das dem Willen der gesamten Arbeiterschaft und fortschrittlichen Bevölkerung entspricht. Der Landtagspräsident Keil hat unter Zustimmung des Landtags die Forderung des Betriebsrats an das Staatsministerium weitergeleitet. Daß aus diesem Weiterleiten nicht ein Auf-die-lange-Bank-schieben wird, muß die Sorge aller Belegschaften und der Arbeiterparteien sein.

Badische Landesbibliothek

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Die Großen läßt man laufen

Weinheimer Spruchkammer „entlastet" Rich. Freudenberg vom Freudenberg-Konzern

Wie ein **Spiel mit gut verteilten Rollen** mutete die Spruchkammersitzung in Weinheim an, die Anfang dieses Monats den Industriellen Richard Freudenberg als „Entlasteten" eingruppierte.

Das Urteil stand bereits vorher fest, und die ganze Verhandlung diente nur dem Zweck, die Entlastung des Konzerngewaltigen und Nutznießers des Hitlerkrieges, Freudenberg, möglichst schmackhaft zu machen.

Der Herr Oeffentliche Kläger tat sein Bestes. Der Kläger ward zum Verteidiger. Er stellte erstaunlicherweise überhaupt keine Frage, die die Berechtigung seiner Klage, zu der er ja als Oeffentlicher Kläger verpflichtet ist, erweisen konnte, sondern er zerpflückte sorgfältig alle Belastungsmomente, um andererseits Entlastungsmomente zu sammeln und mit Nachdruck einzeln aufzuzählen und zu würdigen. Eine vorbildliche Arbeit des Klägers, für die ihm auch der Verteidiger Freudenbergs seinen Dank aussprach.

Der Verteidiger des Nutznießers Freudenberg hatte Dank der Vorarbeit des Oeffentlichen Klägers leichtes Spiel. Das geschickt aufgebaute Gebäude der Verteidigung, das die Spruchkammer nicht nur unterließ, durch Fragen auf seine Haltbarkeit zu untersuchen, sondern sogar noch unterbaute, fand seine Krönung in dem Antrag auf Entlastung, dem die Kammer auch stattgab.

Die Belastungszeugen, darunter drei Betriebsräte, die 1933 entlassen und ins KZ oder Gefängnis gebracht wurden, wurden nicht sonderlich ernst genommen.

Die Entlastungszeugen waren zum Teil frühere Pgs., aber auch Würdenträger von heute, wie Ministerialräte, Oberbürgermeister und Polizeichefs. Entgegen dem sonst üblichen Brauch wurden sie nicht vereidigt. Die Kammer bewertete in ihrer Urteilsfindung die Aussagen der Pgs. ohne Vereidigung als der Wahrheit entsprechend.

Dem Beisitzer von der CDU muß der entlastete Konzernherr Freudenberg neben dem Oeffentlichen Kläger besonders dankbar sein. Bei Verhandlungen gegen kleine Nazis führt er eine recht scharfe Klinge. Bei Fabrikanten — und dies nicht nur bei dem Nutznießerfabrikanten Freudenberg — ist das Gegenteil der Fall. Mit allen Mitteln suchte er die Angaben der Belastungszeugen zu entkräften und zu bagatellisieren. Er warf sich so ins Zeug, daß er zeitweilig den Vorsitzenden buchstäblich in der Verhandlungsführung ablöste.

Der Konzernherr Richard Freudenberg wurde „entlastet". Wie zu erwarten war!

Die Zuhörer äußerten beim Verlassen des Raumes: „Es wurde gelogen, daß sich die Balken bogen!"

Kurzes Merkblatt für eine erneute Spruchkammersitzung, die stattfinden muß, aber diesmal vor einer erneuerten Spruchkammer, bestehend aus wirklichen Antifaschisten. Wie sie etwa urteilen müßte, das werden die Oeffentlichkeit und unsere Leser sagen, die wir hiermit auffordern, uns auf Grund der nachfolgenden Daten zu sagen, was sie über den Nutznießer und Konzernherrn Freudenberg und über das Weinheimer Spruchkammer-Fehlurteil denken.

1933 Richard Freudenberg stellt bei der Kreisbetriebszellenleitung den Antrag, die Entlassung von Betriebsräten und Arbeitern als politische Maßnahme zu betrachten. Dokumente vorhanden, von der Spruchkammer nicht beachtet und beiseitegeschoben.

1934 Der Lederkonzern Freudenberg in Weinheim arisiert die im Besitz der jüdischen Familie Krojanker befindliche Schuhfabrik Konrad Hack in Burg bei Magdeburg samt 160 Verkaufsstellen zum Spottpreis von vier Millionen RM.

Um die gleiche Zeit arisiert der Lederkonzern Freudenberg:

Eine große Schuhfabrik in Cleve mit über 1000 Arbeitern;

die Kappenfabrik Kern & Co. in Pirmasens;

die Lederfabrik Sigmund Hirsch in Weinheim;

die Lederfabrik Weltin Huber; die Firma Gebrüder Roß.

Im zweiten Weltkrieg bemächtigt sich der Freudenberg-Konzern der größten belgischen Lederfabrik;

er leitet gleichzeitig den Einsatz von Fremdarbeitern in Holland und Frankreich.

Von 1933 — 1945 steigerte Richard Freudenberg sein Vermögen von

RM. 695 000 auf RM. 9 555 000. Die Weinheimer Spruchkammer hat nicht gefragt, wie dies möglich war. Der Oeffentliche Kläger hat nicht einmal die Andeutung einer Nutznießerschaft gewagt.

Während der ganzen Nazizeit hat Richard Freudenberg der NSDAP und ihren Gliederungen beträchtliche Summen zur Verfügung gestellt. Die Weinheimer Spruchkammer hat ängstlich vermieden, darauf einzugehen.

1945 wurde Richard Freudenberg von den Amerikanern interniert. Die Spruchkammer hat nicht untersucht, aus welchen Gründen, mit welchen Mitteln und Dank welcher Beziehungen Freudenberg während dieser Internierung eine außergewöhnliche Sonderbehandlung erfuhr.

Die Spruchkammer Weinheim hat den Konzernherrn Freudenberg entlastet. Das Volk verurteilt ihn!

Mit dem Kartoffel-Expreß ins Bauland

Ein bekannter schwedischer Schriftsteller hungerte einmal längere Zeit freiwillig, um die moralischen und psychischen Wirkungen des Hungers auf den Menschen an sich selbst studieren zu können. Er kam, wenn auch weniger kategorisch, zur Feststellung Berthold Brecht's: „Erst kommt das Fressen und d a n n kommt die Moral." An diese Geschichte mußte ich neulich denken, als ich in einem überfüllten Wagen des Hamsterzuges dem Bauland entgegenratterte.

Das Gespräch im Wagen dreht sich nur ums Essen und Hamstern. „So ein Pech," sagt eine mir gegenübersitzende, verhärmt aussehende Frau. „Laufe ich vorige Woche von Kleingemünd nach Neckarhausen, und habe sage und schreibe 3 Pfund Kartoffeln zusammen." „Wäre es nicht besser, uns schnell auszurotten, statt uns langsam am Hunger krepieren zu lassen", quittiert verdrießlich ein älterer Nachbar.

Ware gegen Ware

Mit einem jungen Mann komme ich in die Unterhaltung: „Wollen Sie etwas eintauschen?!", frage ich ihn. „Glauben Sie, die Bauern schenken mir was um meiner schönen Augen willen?!", lautet die bezeichnende Antwort. Er erzählt mir dann, daß er Pfälzer ist und in einer Emailwarenfabrik arbeitet. Regelmäßig alle vier Wochen macht er die Tour und verhamstert Töpfe, Kaffeekannen, Tassen usw. Er ist einer der Glücklichen und kommt immer mit Lebensmitteln nach Hause.

2 Kategorien von Hamsterern

Ueberhaupt gibt es zwei Arten von Hamsterern. Die einen bringen etwas und die anderen . . . . . gehen einfach betteln.

Die erste Kategorie zerfällt wiederum in zwei Gruppen: In Leute, welche ihre letzte Habe vertauschen, und in solche, welche sich laufend mit neuer Ware versorgen können. Eine Frau, deren Mann sich noch in Kriegsgefangenschaft befindet und welche mit vier kleinen Kindern von einer geringen Fürsorgeunterstützung, die nicht einmal ausreicht, um die zugeteilten Rationen zu kaufen, leben muß, sagt mir, daß sie nach und nach die gesamte Wäsche, Kleider und Schuhe ihres Mannes aufs Land getragen hat. Heute hat sie zwei Leintücher dabei und hofft, dafür Kartoffel und Mehl zu bekommen.

Auch kommen von Rheinland und Ruhr ganze Gruppen von Hamsterern, welche alle möglichen Artikel anbieten. Bleylehosen, Damenunterwäsche, Stahlsachen, elektrische Geräte und noch vieles andere steht ihnen zur Verfügung. Ich hörte, daß es im Rheinland Fabriken gibt, welche ihren Arbeitern zwei Tage und den Sonntag in der Woche freigeben und sie noch mit Waren ausstatten, damit sie sich auf dem Lande Lebensmittel beschaffen.

Der Tauschwert der Waren ist verschieden. So traf ich z. B. eine Frau, welche eine komplette Garnitur neuer Kinderwäsche für einen Sack Kartoffel hergab. Ein halbwüchsiger Junge erhielt für ein Paket amerikanische Zigaretten — Schwarzmarktpreis 100 RM — 40 Pfund Kartoffel, 1 Pfund Grieß und zwei Eier.

In einem kleinen Dorf bei Tauberbischofsheim steige ich aus. Früher hätte es für die Dorfbewohner sicherlich eine Sensation bedeutet, auf einmal drei Fremde aus dem Bahnhof kommen zu sehen. Heute ergießt sich ein Strom von 70—80 Personen — Männer, Frauen und Kinder — ins Dorf. Ein Teil der Leute bleibt im Ort und geht von Tür zu Tür, der andere Teil verteilt sich auf die abseits gelegenen, von der Bahnlinie entfernter liegenden Ortschaften, von denen sie hoffen, daß sie nicht so überlaufen sind. Der Weg der Hamsterer führt sie oft 20 bis 30 km ins Land hinein und schwer mit Kartoffeln beladen kehren sie wieder zurück. Hier bewahrheitet sich das alte Sprichwort: „Ohne Fleiß — kein Preis."

Hamsterer als „Landplage"

Ein Bauer, dem ich mich vorstelle, sagt mir: „Es ist wirklich nicht mehr auszuhalten. Die Hamsterer sind eine wahre Landplage geworden. Man kann sich nicht mehr vor ihnen retten." Scheinbar faßt er Sympathie zu mir, denn er lädt mich zum Mittagessen ein. In der Zeit von knapp einer Stunde kommen tatsächlich 17 Personen ins Haus und bitten um ein Stückchen Brot oder einige Kartoffeln.

Von Lauda bis ins „Bayerische" ist es nicht mehr weit. Alte erfahrene Hamsterer erzählten mir, daß es dort sehr gut sei. — Also besteige ich den Zug, um dieses Eldorado in Augenschein zu nehmen. In einem kleinen Flecken, Richtung Ochsenfurth, steige ich aus. Das Dörfchen sieht sauber und gepflegt aus. Auf den Höfen wimmelt es von Hühnern, Enten und Gänsen. Aus den Ställen klingt Schweinegrunzen und erweckt lukullische Gedankenverbindungen. Das Land, das nach den Erklärungen des bayrischen Landwirtschaftsministers, Dr. Baumgartner, kein Ueberschußgebiet mehr ist, scheint nicht schlecht zu leben. Auch hier stoße ich gleich auf Gruppen von Hamsterern.

Ein Vaterunser für Kartoffeln

Ich folge einer Frau, die in tiefstes Schwarz gekleidet ist und auffällig sichtbar einen Rosenkranz bei sich trägt. Mit weinerlicher Stimme spricht sie die Bauern an, läßt sich nicht abweisen und verspricht jeder Bäuerin, ein Vaterunser für sie zu beten, wenn sie nur einige Kartoffeln bekäme. Großer Erfolg belohnt ihre von feinem psychologischen Einfühlungsvermögen zeugenden Bemühungen. Auch eine Theatergruppe, der ich unterwegs begegne, stellte sich auf päpstlich-bayerische Verhältnisse um. Sie spielt gut katholisch das Stück „Die heilige Messe". Ja — mit Speck fängt man Mäuse und mit der „Heiligen Messe" fängt man bayerischen Speck.

Diese erfreulichen Erlebnisse schließen meine Hamsterer-Studien ab und ich verlasse das schweinegrunzende, entenschnatternde, gänsezischende, hühnergackernde, „tiefreligiöse" neue Notstandsgebiet Bayern.

*

Der Milchzug von Lauda nach Mannheim ist überfüllt und ich schätze, daß mit ihm 400 Zentner Kartoffel in die hungrigen Rachen der Großstädte wandern. Täglich sollen drei derartig beladene Züge nach Mannheim dampfen.

Das zeigt mir, daß unsere unfehlbaren Behörden nicht fähig sind, die notwendige Erfassung und Verteilung der Lebensmittel durchzuführen. Solange die alten Herren des Reichsnährstandes, natürlich jetzt unter neuer Parteiflagge segelnd, noch auf allen Ernährungs- und Wirtschaftsämtern herumgeistern, wird es keine Besserung geben. Nur eine gründliche Reinigung dieser wichtigen Organe von allen reaktionären Elementen und eine Besetzung der entscheidenden Stellen mit Menschen wahrhaft demokratischen Denkens und Sauberkeit des Handelns wird es ermöglichen, dem Bauern das zu geben, was er zum Arbeiten und dem Städter das, was er zum Leben braucht.

Bis zu diesem Zeitpunkt werden eben die Menschen weiter hamstern, denn — „Not kennt kein Gebot".

Unter der Lupe

Mannheim:

Warum sind die Straßenbahner keine Beamten?

Im Moment, wo auch die Straßenbahn, wie alle anderen Betriebe unter größtem Personalmangel leidet, hält die Verwaltung noch Sparmaßnahmen aufrecht, welche 1929 eingeführt und von der NSDAP aufrecht erhalten wurden. Jedem Mannheimer Bürger ist es klar, daß der Dienst der Straßenbahner ein schwerer und verantwortungsvoller ist. Der Wagenführer leitet seinen Zug durch die belebtesten Straßen der Stadt. Ein Moment der Unaufmerksamkeit könnte mit einem Unglück bezahlt werden. Hohe Anforderungen werden an den Schaffner gestellt. Als Geldeinnehmer der Stadt hat er eine Vertrauensfunktion und der Verkehr mit den Fahrgästen erfordert unendliche Geduld und großes Taktgefühl. Ebenso hohe Ansprüche werden von allen anderen Angestellten des Straßenbahnamtes verlangt. Nun könnte man annehmen, daß Leute, von denen man so viel fordert, selbstverständlich im Beamtenverhältnis stünden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Bedienstete, die schon 15 und 20 Jahre bei der Straßenbahn als Wagenführer oder Schaffner tätig sind, wurden noch nicht in den Beamtenstand überführt. So sind z. B. von 982 Beamtenstellen über 800 nicht wieder besetzt.

Ob man mit dieser kurzsichtigen Einstellung den die Straßenbahner stark überlastenden und auch den Mannheimer Bürgern recht fühlbaren Personalmangel abstellen kann, möchten wir dem gesunden Urteilsvermögen der zuständigen Behörden überlassen.

Unsere Stadtväter haben nun das Wort!

Heidelberg:

Wir erhalten folgende Zuschrift aus dem Leserkreis: Alle guten Dinge sind „Drei"!

Dieses alte Sprichwort hat sich auch im Laufe der 102. Zuteilungsperiode wieder bewahrheitet, als das Ernährungsamt Heidelberg für Erwachsene 100 g Maisgries gegen Abgabe von 3 Abschnitten aufgerufen hat. Warum man für diesen guten Tausch (3000 g Kartoffeln = 100 g Maisgries) 3 verschiedene Abschnitte benötigt, ist für einen gewöhnlichen Sterblichen unerklärlich.

Es ist für eine Hausfrau nicht leicht, unter solchen Zuständen zu kochen und einzukaufen. Am schlimmsten sind diese Verhältnisse jedoch für den Einzelhandel. Wieviele Kartenabschnitte muß so ein Kaufmann durch diese Maßnahmen zusätzlich kleben, bis eine Zuteilungsperiode zu Ende ist. Wäre es nicht angebracht, ein einfacheres System für Sonderaufrufe zu wählen?

Parteiarbeiter-Konferenz

der Kommunistischen Partei Deutschlands, Landesbezirk Nordbaden

Am Sonntag, den 22. Juni, vormittags 9.00 Uhr, in Heidelberg-Wieblingen, Lokal „Zum Neckartal".

Die Versammlung beginnt pünktlich. Mitgliedsbuch als Ausweis mitbringen.

Zur 40jähr. Wiederkehr des Sozialisten-Kongresses 1907 in Stuttgart

Wer im Besitze von zeitgenössischen Aufsätzen und Berichten, auch Erlebnisberichte, ist, wird gebeten, diese einzusenden an den Landesvorstand der KPD, Stuttgart, Charlottenplatz 17.

Gedenktage DER WOCHE

20. 6. 1933	Clara Zetkin gestorben. - 1898 Jakob Audorf, Dichter der Arbeiter-Marseillaise, gestorben.
21. 6. 1914	Bertha von Suttner, Vorkämpferin für den Frieden, gestorben. - 1870 Erklärung Bebels u. Wilh. Liebknechts im Norddeutschen Parlament gegen den Krieg.
22. 6. 1941	Heimtückischer Ueberfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. - 1761 W. von Humboldt geboren.
24. 6. 1945	Abschluß der Weltsicherheitskonferenz in San Franzisko. - 1922 Walther Rathenau, deutscher Minister, von Mitgliedern einer Femeorganisation ermordet.
25. 6. 1822	E. T. A. Hoffmann, Dichter, gestorben.

Einheit der Werktätigen über alle Zonen- und Ländergrenzen

Deutsche Vertreter auf der Tagung des Weltgewerkschaftsbundes in Prag

Vor der Abreise der deutschen Gewerkschaftsdelegation, die aus Gewerkschaftlern aller Besatzungszonen besteht, zur Tagung des Weltgewerkschaftsbundes in Prag, gab Hans Jendretzky vom FDGB einem Berichterstatter Auskunft über folgende Fragen:

Frage: Welche Bedeutung hat diese Einladung für die deutschen Gewerkschaften?

Antwort: Die Einladung zur Teilnahme deutscher Gewerkschaftsvertreter an der Tagung des Weltgewerkschaftsbundes in Prag bedeutet für die deutschen Gewerkschaften den ersten, man kann auch sagen entscheidenden Schritt in die Welt der internationalen Solidarität.

Frage: Sehen die deutschen Gewerkschaften in dieser Einladung einen Vertrauensbeweis seitens der Gewerkschaften anderer Länder?

Antwort: Wenn der Weltgewerkschaftsbund den deutschen Gewerkschaften die ersten Schritte in die Reihen der internationalen Gewerkschaftsbewegung ermöglicht, sehen wir darin einen sichtbaren Beweis des Vertrauens, gleichzeitig aber auch eine Anerkennung für die bisherige Arbeit der deutschen Gewerkschaften nicht nur im Kampf gegen die nazistische Ideologie in Deutschland, um die Aufrichtung einer wirklichen Demokratie, in der die Interessen der Schaffenden ausschlaggebend sind, sondern auch im Kampf für die Sicherung des Völkerfriedens.

Frage: Befinden sich die deutschen Gewerkschaften mit ihren Aufgaben und Zielen in Übereinstimmung mit dem Programm des Weltgewerkschaftsbundes?

Antwort: Einem solchen Programm werden die deutschen Gewerkschaften nicht nur aus ganzem Herzen zustimmen, sondern entsprechend den besonderen Verhältnissen in Deutschland hier selbst mit verwirklichen helfen. Wenn Kollege Hermann Schlimme für Berlin und auch für die sowjetische Zone über die Tätigkeit des FDGB berichten hönnte, werden wir besonderen Wert darauf legen, daß die Solidarität der Gewerkschaften das oberste Gesetz sein muß, damit die Stimme der Gewerkschaften auf den Beratungen über den Friedensvertrag in Deutschland mit zu Gehör gebracht werden kann.

Noch 1947: Einheitlicher Gesamtdeutscher Gewerkschaftsbund!

Auf einer Kundgebung anläßlich des 2jährigen Bestehens des FDGB Sachsen-Anhalt erklärte der zweite Bundesvorsitzende des FDGB, Bernhard Goering, in seiner Rede u. a.: Noch in diesem Jahre wird sich gemäß des festen Willens aller Gewerkschaftler der Zusammenschluß der 7 Millionen Mitglieder in allen Besatzungszonen zählenden deutschen Gewerkschaften zu einem einheitlichen Gesamtdeutschen Gewerkschaftsbund vollziehen. Damit wird ein entscheidender praktischer Beitrag zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands geleistet.

Deutschland Rundschau

● **1,5 Pfund zugenommen** soll die Bevölkerung in der amerikanischen Zone im April d. J. nach dem Halbmonatsbericht der amerikanischen Militärregierung haben.

● **Aufhebung des Lohnstops** verlangt der FDGB der Sowjetzone in einem Schreiben an den Kontrollrat.

● **450 000 Schweine** sind innerhalb von drei Monaten in der amerikanischen Zone auf schwarzen Wegen verschwunden, lt. Angabe des Leiters der Preiskontrollabteilung der OMGUS.

● **Gegen Nazis in leitenden Stellungen** wenden sich die Stuttgarter Eisenbahner. Sie fordern Beseitigung des Nazis Dr. Gugel als Präsident der Reichsbahndirektion Stuttgart.

● **Die bayerische Regierung will zurücktreten,** nach einer Erklärung Högners, wenn man von Bayern verlangt, daß es innerhalb der nächsten vier Wochen 65 000 Stück Schlachtvieh und 50 000 t Kartoffeln liefern soll.

● **Der deutsche Waifang** wird nach einer Verlautbarung der britischen Militärregierung wahrscheinlich nicht zugelassen werden.

● **Als Vorbereitung für eine endgültige Abtrennung** des Saargebietes wurde am 16. Juni eine neue Währung, die Saarmark, eingeführt.

● **Die 7 000 000 Gewerkschaftsmitglieder** aller vier Zonen werden sich zu einem Gesamtdeutschen Gewerkschaftsbund zusammenschließen, erklärte der 2. Vorsitzende des FDGB der Sowjetzone, Goering.

● **Nach erfolgreichem Streik** wurde die Arbeit bei der Firma Fette in Hamburg wieder aufgenommen. Der nazistische Mitinhaber der Firma muß verschwinden.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim, S 3, 10, Tel. Nr. 43260. Auflage: 60 000. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. - Authorized by Military Government for Württemberg and Baden Stuttgart, Fr. 10. 4. 46.

Kämpferin für den Frieden

Zelluloidschnitt: H. Graze

Klara Zetkin

„Wenn wir Mütter unsere Kinder mit dem tiefsten Abscheu gegen den Krieg erfüllen, wenn wir von frühester Jugend an das Gefühl, das Bewußtsein der sozialistischen Brüderlichkeit in ihre Seelen pflanzen, so wird die Zeit kommen, wo auch in der Stunde schwerster Gefahr keine Macht der Welt mehr imstande ist, dieses Ideal aus ihren Herzen zu reißen. Wir werden nicht fehlen, wenn es gilt, bis zum letzten Atemzug alles, was wir können, alles, was wir sind, für die Sache des Friedens, der Freiheit, des Glückes der Menschheit einzusetzen."

Als im Jahre 1912 Klara Zetkin auf dem Internationalen Sozialistenkongreß im Dom zu Basel zum Kampfe gegen die drohende Kriegsgefahr aufrief und die immer noch Schlafenden wachzurütteln versuchte, „sprach sie nicht nur wie eine Frau, die für sich selbst eine große Wahrheit gewonnen hat, der außerordentliche Umstände die Kenntnisse und Fähigkeiten eines Mannes gegeben haben, wie eine geniale Frau, die aus dem Laboratorium der Menschheit hervorgegangen ist; sie spricht vielmehr wie eine für alle anderen Frauen, um auszudrücken, was alle Frauen einer Klasse denken. Sie ist keine Ausnahmeerscheinung. Was sie sagt, gilt, weil Tausende und Millionen von Frauen mit ihr dasselbe sagen. Sie hat ihre Bildung empfangen wie jene, nicht in der gesicherten Ruhe des Studiums und Reichtums, sondern im Kampf gegen Elend und Ausbeutung. Sie ist einfach die in hohem Grad vollendete Erscheinung der neuen Frau, die nichts mehr zu tun hat mit jener Puppe, die Versklavung, Prostitution und Nichtstun bis zum heutigen Tage zum Gegenstand der Lieder und Gesänge der Dichter aller menschlichen Gesellschaftsformen gemacht haben.

Sie ist die Frau von Morgen, oder besser, wagen wir es auszusprechen, sie ist die Frau von Heute. Die Frau, die dem Manne gleich ist!" So schildert der Dichter Louis Aragon Klara Z e t k i n.

Nur wenige, die in den denkwürdigen Tagen des Jahres 1912 mit heißem Herzen den Beschlüssen des Kongresses im Kampfe gegen den Krieg zugestimmt und das „Nieder mit den Waffen" gerufen, haben die Mahnung dieser großen Kämpferin für den Frieden — die Worte Klara Zetkins — beherzigt.

Heute, nach den furchtbaren Schrekken der vergangenen Weltkriege, sollen diese Worte nicht nur Lippenbekenntnis, sondern ganz besonders für uns deutsche Frauen Verpflichtung sein!

Klara Z e t k i n wurde am 23. Juli 1857 in Wiederau in Sachsen geboren. Sie stammte aus bürgerlichen Kreisen und erwählte sich den Beruf einer Lehrerin. Mit 21 Jahren, es war dies gerade die Zeit der Sozialistenverfolgung, schloß sie sich den Reihen der sozialistischen Arbeiter an, angeregt durch das wachsende Elend der sächsischen Weberfamilien, welches ihr schon früh die Augen für die Leiden der Ausgebeuteten öffnete. Frühzeitig wurde die junge Revolutionärin mit den Führern der deutschen Arbeiterbewegung. Wilhelm Liebknecht und August Bebel, bekannt und war eine eifrige Schülerin Friedrich Engels, mit dem sie die Zeitung „Der Sozialdemokrat" redigierte.

Sie erstrebte die Befreiung der Frau von den Fesseln, die sie Jahrhunderte hindurch in der Gesellschaft und Familie hatte tragen müssen. Auf dem 1. Internationalen Sozialistenkongreß in Paris wurde durch die Initiative Klara Zetkins der Beschluß gefaßt, die Frau als gleichberechtigtes Mitglied der Sozialdemokratie aufzunehmen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, und Mutterschutz wurden ebenso zur Forderung der Sozialistischen Parteien erhoben.

Im Jahre 1910, Klara war damals bereits die Führerin der Internationalen Frauenbewegung geworden, wurde auf ihren Vorschlag hin auf der internationalen Konferenz der Sozialistinnen in Kopenhagen die alljährliche Durchführung des Internationalen Frauentages beschlossen.

Das Versagen der sozialistischen Internationale und deren bereitwillige Unterstützung des imperialistischen Krieges hinderte Klara nicht, im Bunde mit Wilhelm Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Wilh. Pieck u. a. den Kampf gegen den Krieg aufzunehmen. Mit ihnen zusammen gründete sie den Spartakusbund und wurde führend in der Kommunistischen Partei. Unter ihrer Leitung wurde ein Aufruf an alle Mütter und Frauen der ganzen Welt verfaßt und in Deutschland 1915 illegal verbreitet.

Nach dem Zusammenbruch 1918 wurde sie Abgeordnete im Württembergischen Landtag und Mitglied des Reichstags. Hier hat sie noch als Alterspräsidentin im Jahre 1932, am Vorabend von Hitlers Schreckensherrschaft, das deutsche Volk mit flammenden Worten vor der heraufsteigenden Gefahr des Faschismus gewarnt, die nur eine geeinte Arbeiterschaft, die Einheitsfront aller Werktätigen hätte bannen können.

1933 flüchtete sie nach Rußland, wo sie am 20. Juni 1933, erschöpft von Krankheit und Alter, in Archangelskoje bei Moskau starb. Bis zum letzten Atemzuge hat Klara Zetkin das Menschenmöglichste getan, daß die Einheitsfront der Werktätigen gegen Faschismus und Krieg zustande komme.

Dies soll, besonders für uns deutschen Frauen, Verpflichtung sein, unsere ganze Kraft einzusetzen und nicht zu rasten, bis das Ziel: Eine einheitliche sozialistische Arbeiterpartei über ganz Deutschland, erreicht ist. S. R.

Maxim Gorki: Die Mutter

Aus Maxim Gorkis Roman „Die Mutter" bringen wir einen Abschnitt: Pawels Rede vor dem Gericht nach seiner Verhaftung.

„Auf Wunsch meiner Genossen, die ebenfalls auf eine Verteidigung verzichten, will ich versuchen, ihnen das zu erklären, was sie nicht verstanden haben . . . Der Staatsanwalt hat unseren Eintritt in die Reihen der Sozialdemokratie einen Aufstand gegen die höchste Gewalt genannt und uns die ganze Zeit als Rebellen gegen den Zaren angesehen. Ich muß erklären, daß der Zar in unseren Augen nicht als die einzige Kette erscheint, die dieses Land fesselt. Er ist nur das erste und nächstliegende Glied, von dem wir das Volk befreien müssen . . ."

Während seine feste Stimme erklang, wurde die Stille noch tiefer, und es war als wenn Pawel weit von den Menschen fortrückte und ein helleres, erhabeneres Aussehen gewann.

Der Mutter wurde kalt.

Die Richter bewegten sich schwerfällig und unruhig. Der Adelsmarschall [illegible] dem Richter mit dem trägen Gesicht etwas zu, der nickte und wandte sich an den Greis, dem gleichzeitig von der anderen Seite der kranke Richter etwas ins Ohr flüsterte. Der Greis beugte sich in seinem Sessel nach rechts und links, sagte Pawel etwas, aber seine Stimme ging in dem gleichmäßigen und breiten Redestrom Pawels unter.

„Wir sind Sozialisten. Das heißt, wir sind Feinde des Privateigentums, das die Menschen entzweit, sie gegeneinander rüstet und unversöhnliche Interessengegensätze schafft; das im Bemühen, diese Feindschaft zu verbergen oder zu rechtfertigen, lügt und alle Welt durch Lüge, Heuchelei und Bosheit verdirbt . . . Wir sagen: Eine Gesellschaft, die den Menschen nur als Mittel zu ihrer Bereicherung betrachtet, ist menschenwidrig; wir können uns mit ihrer heuchlerischen und lügenhaften Moral nicht aussöhnen. Wir Arbeiter . . . sind die Leute, durch deren Tätigkeit alles geschaffen wird, von den riesigen Maschinen an bis zum Kinderspielzeug, wir sind die Leute, die man des Rechts beraubt hat, für ihre Menschenwürde zu kämpfen, uns will und kann jeder in ein bloßes Werkzeug verwandeln, um seine Zwecke zu erreichen. Wir wollen jetzt so viel Freiheit haben, daß wir durch sie in die Möglichkeit versetzt werden, mit der Zeit alle Macht zu erobern. Unsere Losung ist einfach: Alle Produktionsmittel — dem Volke, alle Macht — dem Volke, die Arbeit verbindlich für alle! Sie sehen — wir sind keine Rebellen!"

„Wir sind Revolutionäre und werden es so lange bleiben, so lange, wie die einen nur kommandieren, die anderen — nur arbeiten."

„Alles, was sie tun, ist ein Verbrechen, denn es ist darauf gerichtet, die Menschen zu Sklaven zu machen. Unsere Arbeit dagegen befreit die Welt von Gespenstern und Ungeheuern, die ihre Lüge, ihre Bosheit, ihre Gier erzeugt haben und die das Volk erschrecken. Sie haben die Menschen aus dem Leben herausgerissen und sie zugrunde gerichtet. Der Sozialismus vereint die von ihnen zerstörte Welt zu einem harmonischen Ganzen, und das — wird kommen!"

Pawel hielt eine Sekunde inne und wiederholte leise, kräftiger: „Das wird kommen!"

RUNDFUNK

Radio Berlin:

Auf der neuen Welle 115,5—722 KHz ist der Berliner Sender, insbesondere außerhalb Berlins, gut zu empfangen. Regelmäßig ist über diese Welle der Kommentator Herbert G e ß n e r, der wegen seiner Stellungnahme gegen den bayrischen Entnazifizierungsminister P f e i f f e r vom Münchener Radio gehen mußte, zu hören. Auf folgende Sendungen machen wir besonders aufmerksam:

18. 6. 7.10 Uhr: Aus Politik und Wirtschaft: Aus dem Vokabelheft der Nazis „Gefährliche Fragen" v. Lommer; 19.25 Uhr: Aus Politik und Wirtschaft: „Wie verläuft die Entwicklung in China"; 21.40 Uhr: Tribüne der Demokratie: Gespräch am runden Tisch mit Parteivertretern „Die Münchener Entschließung und die deutsche Einheit".

19. 6. 7.10 Uhr: Aus Politik und Wirtschaft: Reportage „Arbeiter fahren in Urlaub"; 19.25 Uhr: Aus Politik und Wirtschaft: Ein Streitgespräch „Wer repräsentiert Deutschland?"; 21.40 Uhr: Tribüne der Demokratie: „Sitzung des Berliner Stadtparlaments".

20. 6. 7.10 Uhr: Aus Politik und Wirtschaft: „Der Urlaub in der Sowjetunion"; 19.25 Uhr: Aus Politik und Wirtschaft: „Die Umschichtung der Vermögen seit 1935 (zum Jahrestag des Volksentscheides über die Fürstenabfindung); 18.40 Uhr: Stimme des FDGB: 1. Ergebnis der Betriebsrätewahlen. 2. Betriebsarbeiter und die Volkshochschule.

Tägliche Sendungen:

Radio Berlin und Leipzig: Tägliche Nachrichten: 6 Uhr, 11 Uhr, 13 Uhr, 16 Uhr, 20 Uhr, 22 Uhr. Tägliche Zeitungsschau 14 Uhr. Tageskommentar um 20.15 Uhr. Schulfunk: 9 Uhr. Tribüne der Demokratie: 21.40 Uhr: Aus Politik und Wirtschaft: 19.20 Uhr.

Radio Moskau: Kurzwelle 25 m, 41 m, 42 m, 315 m. Deutsche Presseschau, Nachrichten und Kommentar: 12 Uhr, 15.30 Uhr, 16.30 Uhr, 19.30 Uhr, 21.30 Uhr.

Radio Stuttgart: Jeden Freitag, 19.15 Uhr Parteien diskutieren.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg